

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16082
Mittwoch, 30. Juni 2021

Ländliche Räume: EU-Kommission will sich verstärkt kümmern	1
EFSA-Bericht: Antibiotikaverbrauch im Stall geringer als beim Menschen	1
EU: Verbot für Käfighaltung ab 2027 vorgesehen	2
Moosbrugger: Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz - Entwurf verfehlt Ziele klar	2
EU-Waldstrategie: Schmiedtbauer warnt vor Debakel und fordert Kurswechsel	3
Land&Forst Betriebe Österreich beurteilen die GAP-Einigung zwiespältig	4
Bio Austria: GAP-Einigung wird Dringlichkeit in Sachen Klima nicht gerecht	5
Agrana: Hauptversammlung beschließt Dividende von 0,85 Euro je Aktie	7
LBG-Webinar informiert zur Wein-Bestandsmeldung 2021	7
3 Mio. Euro Schaden nach erneuten Unwettern über Oberösterreich	7
Titschenbacher: EAG-Entwurf bedarf dringender Nachbesserungen	8
Montecuccoli: Entwurf zum neuen EAG enttäuschend	10
Wirtschaftsausschuss gibt grünes Licht für Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz	10
Politik zu Besuch bei RWA: Positive Effekte durch COVID-Investitionsprämie	12
Peter Raggl ist ab 1. Juli 2021 neuer Bundesratspräsident	12
NÖ: Mikl-Leitner verleiht hohes Ehrenzeichen an Sixtus Lanner	13
Hohe Auszeichnung für BayWa-Aufsichtsratsvorsitzenden Manfred Nüssel	13
Ukraine: Produktion von Sonnenblumenöl liegt 2021 deutlich unter dem Vorjahr	15
LFS Warth: Weiße Fahne bei Prüfung zum Forstwirtschaftsmeister	15

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Ländliche Räume: EU-Kommission will sich verstärkt kümmern

Digitalisierung und Verkehrsanbindung als Teil der Lösung

Brüssel, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Ländliche Räume sind in der EU von Abwanderung bedroht. Um diesen Trend zu stoppen, will sich die EU-Kommission dem Problem verstärkt annehmen und stellte heute in Brüssel einen Aktionsplan dazu vor (steht als Download auf aiz.info bereit). Nach diesem soll vor allem die Digitalisierung, aber auch eine verbesserte Verkehrsanbindung die ungleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land annähern. Außerdem will die EU-Kommission eine Beobachtungsstelle für ländliche Räume schaffen. In einem Bericht im Jahr 2024 soll geprüft werden, ob die Strukturhilfen aus dem EU-Haushalt in sinnvolle Maßnahmen fließen oder ob sie umgeleitet werden müssen. EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** wies auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe und auf die EU-Agrarpolitik hin, um die Wirtschaft in stadtabgelegenen Gebieten zu stärken. * * * *

"Die neue GAP wird einen Beitrag zu dieser Vision leisten, indem sie sich für eine intelligente, resiliente und diversifizierte Landwirtschaft einsetzt, den Umwelt- und Klimaschutz fördert und das soziale und wirtschaftliche Gefüge der ländlichen Gebiete stärkt", erklärte Wojciechowski bei der Vorstellung des Aktionsplans in Brüssel.

Simone Schmiedtbauer, Agrar- und Regionalpolitiksprecherin der ÖVP im Europaparlament, unterstützt den Aktionsplan. Die ländlichen Regionen seien das Rückgrat für Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem seien Investitionen in die ländlichen Regionen ein Schlüssel für den Aufschwung nach der Pandemie und eine Chance auf eine gute und lebenswerte Zukunft. Daher lohne es sich, den ländlichen Raum nicht isoliert zu betrachten, sondern in allen Bereichen der europäischen Politik mitzudenken. "Ich begrüße, dass sich die EU-Kommission diesem wichtigen Thema annimmt und mit dem 'Pakt für die ländlichen Regionen' beginnt, eine langfristige Vision für die ländlichen Regionen zu entwickeln. Entscheidend wird sein, dass so ein Pakt nicht nur auf dem Papier besteht, sondern tatsächlich spürbare und dauerhafte Vorteile für die Menschen in den ländlichen Regionen bringt", so Schmiedtbauer. (Schluss) mö

EFSA-Bericht: Antibiotikaverbrauch im Stall geringer als beim Menschen

Bedarf von 2016 bis 2018 wurde untersucht

Parma, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Nach einem Bericht der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) liegt der Verbrauch an Antibiotika im EU-Agrarsektor erstmals unter dem in der Humanmedizin. Das Bemühen der EU-Mitgliedstaaten um eine Verringerung des Antibiotikaeinsatzes sei erfolgreich, hält die EFSA in ihrem Bericht, der auf aiz.info heruntergeladen werden kann, fest. Darin wurden der Antibiotikaverbrauch und die Entwicklung von Antibiotikaresistenzen in Europa im Zeitraum von 2016 bis 2018 untersucht. * * * *

Der Einsatz einer als Polymyxine bezeichneten Arzneimittelklasse, wozu Colistin gehört, wurde im Zeitraum von 2016 bis 2018 in der Landwirtschaft nahezu halbiert. Diese Entwicklung sei zu begrüßen, teilt die EFSA mit, da Polymyxine auch in Krankenhäusern zur Behandlung von Patienten

eingesetzt werden, die eine multiresistente bakterielle Infektion haben. Das Bild sei vielfältig und variere je nach Land und Arzneimittelklasse beträchtlich. So wurden Aminopenicilline, Cephalosporine und Chinolone mehr bei Menschen eingesetzt als im Stall. Dagegen kamen Polymyxine und Tetracycline bei Tieren stärker zum Einsatz als bei Menschen. Antibiotikaresistenzen seien ein erhebliches globales Gesundheitsproblem, das zudem eine große wirtschaftliche Belastung darstelle, warnt die Lebensmittelbehörde in Parma und ruft zu weiteren Anstrengungen auf. (Schluss) mö

EU: Verbot für Käfighaltung ab 2027 vorgesehen

Kommission will 2023 Vorschlag präsentieren

Brüssel, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Die umstrittene Haltung von Legehennen und Mastgeflügel in Käfigen soll in der EU beendet werden. Auch die in einigen EU-Mitgliedstaaten bereits untersagte Haltung von Muttersauen und Kälbern in Käfigen soll EU-weit verboten werden. Im Rahmen der "Farm to Fork"-Strategie wird die Gesetzgebung über den Tierschutz ohnehin überarbeitet. Auch kürzere Tiertransporte sind dabei ein Thema. Für das Käfigverbot soll es zunächst eine Folgenabschätzung und eine Befragung geben. Für Ende 2023 kündigte EU-Gesundheitskommissarin **Stella Kyriakides** nun einen Vorschlag an, der nach bisheriger Planung 2027 in Kraft treten soll. Das Käfigverbot soll schrittweise erfolgen. Damit die Käfige nicht in Drittländer verkauft werden und die Eier von dort wieder in die EU gelangen, sagte Kyriakides einen ausreichenden Außenschutz zu. Importware sollte die Veterinärstandards der EU erfüllen. Mit den Lieferländern werde verhandelt, bestätigte die EU-Kommissarin. * * * *

Anstoß gab die Europäische Bürgerinitiative "End the Cage Age", die 1,4 Mio. Unterschriften in allen EU-Mitgliedstaaten sammelte und sich so bei der EU-Kommission Gehör verschaffte. In Österreich ist die Käfighaltung seit Beginn des Jahres 2020 ausnahmslos verboten. (Schluss) mö

Moosbrugger: Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz - Entwurf verfehlt Ziele klar

LK Österreich-Kritik: Anlagenbestand nicht gesichert, Ausbau halbiert

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - "Nach drei Monaten langen intensiven Verhandlungen im Hohen Haus wurde im Wirtschaftsausschuss das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), der Eckpfeiler zur vollständigen Umstellung der Stromproduktion auf Ökostrom, behandelt. Für die Interessenvertretung ist der jetzige Entwurf völlig unzureichend. Gerade die Unwetter der letzten Tage haben auf drastische Weise erneut klargemacht, dass wir rasch und vollständig aus den fossilen Energieträgern raus müssen. Wir brauchen ein viel ambitionierteres Vorgehen, um Erfolg zu haben. Dazu werden wir alle Bereiche, auch die Biomasse, benötigen. Daher ist es absolut unverständlich, dass wir jene Potenziale, die schon vorhanden sind, nicht nutzen. So vermischen wir Lösungsansätze, wie bereits aus der Produktion gefallene Biomasseanlagen wieder in Produktion gebracht werden sollen. Auch die vorgesehenen Kürzungen bei Kleinanlagen sowie die Halbierung des Ausbaus weiterer Biomasse-Kraftwerke im Vergleich zum Ministerratsbeschluss sind deprimierend und keineswegs zufriedenstellend. Auf diese Weise werden wir das Ziel von 100% Ökostrom bis zum Jahr 2030 nicht erreichen", erklärte Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident

Josef Moosbrugger zum Ergebnis des Wirtschaftsausschusses. * * * *

Hohe Atomstrom-Importe drohen

"Neben der notwendigen Entwicklung neuer Holzkraftwerksprojekte ist uns ein besonderes Anliegen, dass vor allem auch die bereits bestehenden, voll funktionsfähigen Anlagen ökonomisch weiterbetrieben werden können. Diese Holzkraftwerke haben ihre besonderen Vorteile im Winter, wo sie im Gegensatz zu anderen alternativen Erzeugern dauerhaft und verlässlich Ökostrom erzeugen und ins Netz einspeisen sowie gleichzeitig erneuerbare Biowärme anbieten können. Es ergibt keinerlei Sinn, solche Anlagen stillzulegen beziehungsweise nicht ambitioniert auszubauen. Nach dem vorliegenden Entwurf würden voll funktionsfähige Anlagen nach 15-jähriger Betriebsdauer zu Industrieruinen verkommen, während gleichzeitig im benachbarten Ausland schrottreife Atomreaktoren auf 60 Jahre Betriebsdauer erhöht und Neubauten von Atomkraftwerken in Aussicht gestellt werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung löst zudem nachhaltig wirksame Arbeitsplatzeffekte im ländlichen Raum aus. Damit käme eine gestiegene Wertschöpfung auch tatsächlich bei den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben an", so Moosbrugger.

Appell an Verhandler

"Wir appellieren an die Verhandler, alle Anstrengungen bis zum Plenumsbeschluss zu unternehmen, Verbesserungen sowohl für den Anlagenbestand als auch für den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Nur so lässt sich bis 2030 das Ziel erreichen. Stabile und attraktive Rahmenbedingungen für einen Investitionsschub in die Technologie der Zukunft sind dafür jedoch Grundvoraussetzung", appellierte Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2021-06-30/12:50

EU-Waldstrategie: Schmiedtbauer warnt vor Debakel und fordert Kurswechsel

Großräumige Außer-Nutzung-Stellung geht Klimaschutz zuwider

Brüssel, 30. Juni 2021 (aiz.info). - "Ohne nachhaltig bewirtschaftete, klimafitte Wälder, einer viel stärkeren Nutzung von Holzbiomasse und mehr Bioökonomie wird es kein grüneres Europa geben", stellt **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament und Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Nachhaltige Forstwirtschaft", zur heutigen Debatte über das Zusammenspiel von Green Deal und Waldbewirtschaftung klar. "Wenn diese Botschaft nicht zur EU-Kommission durchdringt oder diese die Tatsachen wider besseres Wissen ignoriert, dann biegen wir mit der Waldstrategie in die falsche Richtung ab und schaden Europa, dem Klimaschutz, der Menschheit als Ganzes und auch und insbesondere den europäischen Forstwirten", gibt Schmiedtbauer unmissverständlich zu bedenken. * * * *

"Wir müssen die Verantwortlichen in der Kommission jetzt wachrütteln. Wenn sie nicht den Kurs wechseln, droht ein Debakel für uns Forstwirte und den Umwelt- sowie Klimaschutz gleichermaßen. Sollte die EU-Waldstrategie Mitte Juli so kommen, wie es der aktuelle Entwurf befürchten lässt, ignoriert die Kommission alle Leitlinien, die wir als Europaparlament auf Basis der forstwirtschaftlichen Praxis vorgelegt haben und gefährdet die seit Generationen gelebte, erfolgreiche, nachhaltige Forstwirtschaft und unsere multifunktionalen Wälder", warnt die Europaparlamentarierin vor einem Debakel für Forstwirte sowie Umwelt- und Klimaschutz

gleichermaßen. Es liege in der Verantwortung aller, dass ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen. Die Forstwirte seien bereit, einen Beitrag zu leisten. Es sei aber der absolut falsche Weg, Wälder großräumig außer Nutzung zu stellen. "Nur mit einer aktiven und nachhaltigen Waldbewirtschaftung können wir das Potenzial unserer Wälder vollständig heben und sie in Richtung maximaler Klimarelevanz entwickeln", so Schmiedtbauer. (Schluss)

Land&Forst Betriebe Österreich beurteilen die GAP-Einigung zwiespältig

Montecuccoli: Durch Umverteilung werden größere Ackerbaubetriebe geschwächt

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - "Mit der nach langem und zähem Ringen Ende letzter Woche erzielten Grundsatzvereinbarung zur Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) sowie dem am Montag dazu gefassten Beschluss auf Agrarministerebene herrscht nun Erleichterung, dass endlich klare Fakten und somit Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen wurden. Andererseits steht jedoch die Sorge im Raum, dass mit der ebenfalls vorgesehenen Umverteilung beziehungsweise Deckelung Zahlungen einseitig beschränkt werden. Denn genau mit solchen Instrumenten werden jene Ackerbaubetriebe geschwächt, die der zentrale Baustein für unsere Umwelt-, Natur- und Klimaleistungen sind", stellen die Land&Forst Betriebe Österreich (LFBÖ) in einer Aussendung fest. * * * *

Vorreiterrolle Österreichs im Umweltbereich weitergeführt

"Es herrscht nun Erleichterung, dass mit der vorläufigen politischen Einigung im Trilog jetzt die neue GAP-Periode auf den Weg gebracht werden kann. Damit sind die Weichen gestellt, und die künftige GAP kann der Land- und Forstwirtschaft Klarheit und Planungssicherheit bieten. Bundesministerin Elisabeth Köstinger ist es dabei gelungen, dass der bisherige österreichische Weg bei Umwelt- und Klimaleistungen in der Ländlichen Entwicklung bei den Öko-Regelungen anerkannt wurde", betonen LFBÖ-Präsident **Felix Montecuccoli** und Vizepräsident **Zeno Piatti-Fünfkirchen**.

"Damit kann die österreichische Vorreiterrolle in Sachen Umweltmaßnahmen, die der agrarischen Vielfalt in Österreich Rechnung trägt, erfolgreich weitergeführt werden. Vielfalt ist eindeutig unsere Stärke. Das Programm hat den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten mit den verschiedensten Produktionsgebieten und somit der Vielfalt in Größe und Ausrichtung Rechnung zu tragen und nicht in eine Sackgasse zu drängen. Dabei ist der Schutz natürlicher Ressourcen oberstes Gebot, ohne ein wirtschaftlich gesundes Einkommen der Bauern zu vernachlässigen, denn geht es dem Bauern gut, geht es der Natur gut", betonen Montecuccoli und Piatti-Fünfkirchen.

Mit dieser vorläufigen politischen Einigung könne nun auch der nationale GAP-Strategieplan finalisiert werden. Erwartungsgemäß liege ein Schwerpunkt auf Natur und Umwelt. Zudem spiele erstmalig auch die soziale Dimension eine Rolle. "Dieses Ergebnis ist insofern als durchwachsen zu bezeichnen, da auf der einen Seite mehr Leistungen erwartet werden und auf der anderen Seite dafür vorgesehene Gelder reduziert werden. Die Einkommenswirksamkeit der neuen GAP-Maßnahmen wird abnehmen und somit die Betriebe vor wirtschaftliche Herausforderungen stellen", erwartet Piatti-Fünfkirchen. "Wir appellieren nun im Rahmen des nationalen Gestaltungsprozesses, die Umweltmaßnahmen der Agrarpolitik so zu gestalten, dass für das Überleben der Betriebe durch die Teilnahme an Öko-Programmen Einkommen entsteht und nicht nur Mehrkosten kompensiert werden", so der Vizepräsident.

Kritik an Umverteilung

Mit Unverständnis sehen die Land&Forst Betriebe auch die in der Einigung angeführte Umverteilung und die Empfehlung an die Mitgliedstaaten, mit Mechanismen wie Deckelung oder Capping die Zahlungen zu beschränken. Mit solchen Instrumenten würden in Österreich jene Ackerbaubetriebe geschwächt werden, von denen mehr Umweltleistungen erwartet werden und die die letzten Vollerwerbsbetriebe im Trockengebiet darstellen", warnt Montecuccoli. "Direktzahlungen sind ein notwendiger betrieblicher Ertrag, der aus vielerlei Gründen unerlässlich geworden ist und ohne den eine langfristige Planungssicherheit heute nicht mehr möglich ist. Denn langjährige Gesetzmäßigkeiten geraten durch einen zunehmend spürbaren Klimawandel durcheinander", unterstreicht der Präsident.

Montecuccoli spricht sich klar für eine gezielte Unterstützung von Kleinbetrieben durch folgende Maßnahmen aus: Ausnahmen von Mindestanforderungen (etwa bei Fruchtfolge), Investitionen in Kooperationen zur Kostenreduktion, Schaffen von Erzeugergemeinschaften zur Stärkung der eigenen Verhandlungsposition sowie Aus- und Fortbildung im Bereich Betriebsführung und Management. Er betont aber auch gleichzeitig, dass Benachteiligungen aufgrund von Betriebsstrukturen die Vollerwerbsbetriebe schwächen und damit die Versorgungssicherheit mit regionalen Lebensmitteln in ausreichender Menge und ausgezeichneter Qualität gefährden. "Die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe müssen ausreichend honoriert werden, damit jene Menschen, die den ländlichen Raum am Leben halten und sich gleichzeitig um die Natur kümmern, ein angemessenes Leben führen können", so Montecuccoli. (Schluss)

Bio Austria: GAP-Einigung wird Dringlichkeit in Sachen Klima nicht gerecht

"Land schafft Leben": Nicht alles schlechtreden - Planungssicherheit ist wichtig

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Nur wenig positive Weiterentwicklung findet Bio Austria an der Einigung über die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) bis 2027. "Was für die nächste GAP-Periode beschlossen worden ist, wird dem Ausmaß und der Dringlichkeit der Herausforderungen in Sachen Klima- und Biodiversitätskrise nicht gerecht. Eine konsequente Umsetzung der Ziele des Green Deals im Agrarbereich ist nicht ersichtlich. Das aber wäre das Gebot der Stunde - bei allem Verständnis für notwendige politische Kompromisse", erklärt **Gertraud Grabmann**, Bio-Bäuerin und Obfrau von Bio Austria. * * * *

Begrüßenswert sei an den Verhandlungsergebnissen, dass in Form der Eco-Schemes erstmals Mittel aus der 1. Säule (Direktzahlungen) für Agrarumweltmaßnahmen zweckgebunden sind. Dass der Anteil mit 25% unter den Erwartungen bleibe und 2023 sowie 2024 gar nur 20% der Mittel aufgewandt werden müssen, sei allerdings ein Wermutstropfen, so Grabmann.

Umweltprogramm weiterentwickeln

"Österreich hat EU-weit betrachtet einen hohen Anteil an Mitteln in der Ländlichen Entwicklung und ein starkes Agrarumweltprogramm. Das ist eine wesentliche Tugend der heimischen Agrarpolitik, und darauf darf man auch zu Recht hinweisen. Ausruhen sollte man sich auf den Lorbeeren allerdings nicht. Auch Österreich ist gefordert, sein Umweltprogramm weiterzuentwickeln und auszubauen", betont Grabmann. Dies betreffe zum Beispiel eine eigene Maßnahme für die biologische Wirtschaftsweise, um die zahlreichen multifunktionalen Leistungen der biologisch wirtschaftenden Höfe in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz abzugelten sowie die Bio-Landwirtschaft weiter zu stärken.

Royer: Bauern darin bestärken, in die richtige Richtung zu gehen

Hannes Royer, Bio-Bauer und Obmann des unabhängigen Vereines "Land schafft Leben", sieht die GAP-Einigung differenziert: "Es allen recht zu machen, wird bei einem so vielschichtigen Thema wie der Agrarpolitik niemals möglich sein. Viele vergessen in der derzeitigen Situation aber, dass wir Bäuerinnen und Bauern bereits seit zwei Jahren auf diese Entscheidung hinzittern", so Royer. Nach den zähen Verhandlungen sei nunmehr Planungssicherheit gegeben, damit sei für die heimische Landwirtschaft zukunftsgerichtetes Arbeiten endlich wieder möglich. "Es ist besser, die Bauern darin zu bestärken, in die richtige Richtung zu gehen, als alles schlechtzureden", meint der Obmann in Richtung der Fundamentalkritik mancher NGOs an der GAP-Reform.

Heimische Landwirtschaft zu Unrecht unter Beschuss

"Die österreichische Landwirtschaft ist im EU-Vergleich klein strukturiert. Mehr als 80% der heimischen Bauern nehmen bereits am ÖPUL-Programm teil. In den letzten Jahrzehnten konnten ÖPUL-Betriebe aktiv dazu beitragen, dass Klima- und Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen der Landwirtschaft bestmöglich gelebt werden. Kaum ein Land bewirtschaftet mehr Flächen biologisch, dennoch werden die kritischen Stimmen im Zuge des GAP-Beschlusses besonders laut", so Royer.

"Ja, es gibt immer Luft nach oben. Aus diesem Grund gibt es nationale Anreizsysteme für weitere Förderungen. Wenn ich Zusatzleistungen für Klima- und Umweltschutz erbringe, wird dies in Österreich auch honoriert. Nur weil etwas nicht grundlegend verändert wird, stehen wir aber nicht automatisch still. Wir rasten uns nicht auf bereits Erreichtem aus, wir sind auf dem richtigen Weg. Schließlich orientieren sich viele Länder an uns, dies wird in der derzeitigen Debatte allerdings außer Acht gelassen", fügt Royer hinzu. In der gesamten Diskussion dürfe aber nicht vergessen werden, "dass wir produzierende landwirtschaftliche Betriebe sind". (Schluss)

Agrana: Hauptversammlung beschließt Dividende von 0,85 Euro je Aktie

Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrats Entlastung erteilt

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Die 34. ordentliche Hauptversammlung der Agrana Beteiligungs-AG beschloss gestern die Auszahlung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2020/21 in Höhe von 0,85 Euro je Aktie (Vorjahr: 0,77 Euro). "Agrana bekennt sich zu einer berechenbaren, zuverlässigen und transparenten Dividendenpolitik, die auf Kontinuität ausgerichtet ist. Die Ausschüttungen orientieren sich nicht nur am Ergebnis, sondern auch am Cashflow sowie an der Verschuldungssituation des Konzerns unter Wahrung einer soliden Bilanzstruktur", teilt das Unternehmen mit. Weiters beziehe man aktuelle Ereignisse und die zukünftig zu erwartende Geschäftsentwicklung in die Dividendenpolitik mit ein. * * * *

Den Mitgliedern des im Geschäftsjahr 2020/21 amtierenden Vorstandes - Johann Marihart (Vorsitzender), Stephan Büttner, Fritz Gattermayer, Norbert Harringer und Thomas Kölbl - und des Aufsichtsrats wurde im Rahmen der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2020/21 die Entlastung erteilt. Die Hauptversammlung hat die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH, Wien, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021/22 bestellt. (Schluss)

LBG-Webinar informiert zur Wein-Bestandsmeldung 2021

Termine am 1. und 8. Juli

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Die LBG gibt in einem Webinar Tipps zur Wein-Bestandsmeldung 2021. Experten erörtern unter anderem die Vorbereitung und Kontrolle der Aufzeichnungen sowie die elektronische Meldung am Beispiel "LBG Kellerbuch" via Wein-Online. Das kostenlose Webinar dauert zirka eine Stunde und kann für Donnerstag, 1. Juli 2021, von 14 bis 15 Uhr, oder für Donnerstag, 8. Juli 2021, von 9 bis 10 Uhr, auf der Website der LBG unter www.lbg.at gebucht werden. * * * *

Die Wein-Bestandsmeldung 2021 ist bereits ab 16. Juli 2021 möglich. Für Betriebe mit einer Ernte von mehr als 3.000 l Wein ist die Meldung verpflichtend bis spätestens 15. August 2021 elektronisch über Wein-Online abzugeben. Auch Weinhandelsbetriebe und Winzergenossenschaften sind im gleichen Zeitraum zur elektronischen Bestandsmeldung verpflichtet. Stichtag für die Ermittlung der Bestandsmeldungswerte ist der 31. Juli 2021. (Schluss)

3 Mio. Euro Schaden nach erneuten Unwettern über Oberösterreich

Wetterextreme halten Sachverständige der Hagelversicherung in Atem

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Die jüngste Hitzewelle ist vorerst zu einem abrupten Ende gekommen, allerdings haben sintflutartige Regenfälle mit Hagel und heftigen Sturmböen abermals zu schweren Schäden in Oberösterreich geführt. "Aktuell gehen wir aufgrund der gestrigen Unwetter von einem Gesamtschaden in der Landwirtschaft in der Höhe von weiteren 3 Mio. Euro aus. In Summe

mit den letztwöchigen Unwettern sind es alleine in diesem Bundesland bereits 35 Mio. Euro Schaden. Unsere Sachverständigen sind mittlerweile im Dauereinsatz. Rasche Hilfe hat oberste Priorität", so **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung. * * * *

"Betroffen sind insbesondere die Bezirke Wels-Land und Linz-Land. Geschädigt wurden auf einer Agrarfläche von rund 5.500 ha vor allem Getreide, Mais sowie Gemüse- und Obstkulturen. Dabei kam es durch die letztwöchigen Wetterextreme bereits zu Totalausfällen an landwirtschaftlichen Kulturen. Vielfach wurde aber bereits wieder neu angebaut. Leider vergebens, da das eingebrachte Saatgut durch die gestrigen Niederschläge weggeschwemmt wurde - bittere Tage für die Landwirtschaft", so Landesleiter **Wolfgang Winkler**. Dabei stehen die klassischen Hagelmonate Juli und August noch vor der Tür.

Die Hagelversicherung empfiehlt betroffenen Landwirten, ihre Schäden online unter www.hagel.at zu melden. (Schluss)

Titschenbacher: EAG-Entwurf bedarf dringender Nachbesserungen

Biomasse-Branche gegen Kürzung der Zubau-Kontingente

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - "Die gestern im Wirtschaftssauschuss behandelte Regierungsvorlage des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) bedarf dringender Nachbesserungen. Fehlende optionale Investitionsförderungen für Energiegemeinschaften, der Ausschluss von Waldpflegeholz für die Erzeugung von grünem Gas und die immer wieder diskutierten Kürzungsvorschläge für Holzkraftwerke sorgen in der Branche für Unverständnis und große Sorge. Unser Ziel ist es, die Stromerzeugung aus fester Biomasse im Vergleich zu 2018 um 1 TWh auf 3 TWh auszubauen. Gerade die Technologie zu kürzen, die Atomstromimporte auch im Winter bei wenig Wind, Wasser und Sonnenstrom ersetzen kann, wäre ein schwerer Fehler und spielt den Ausbauplänen der AKW-Lobby in die Hände", erklärt **Franz Titschenbacher**, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes. * * * *

"Besonders dramatisch wäre eine Kürzung im Kleinanlagenbereich unter 500 kWel, da diese Anlagen einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Energieversorgung leisten können. Auch das Fehlen von optionalen Investitionsförderungen bei Kleinanlagen unter 50 kWel und der Ausschluss von Waldpflegeholz aus der Erzeugung von grünem Gas wären für uns nicht nachvollziehbar. Wir hoffen, dass bis zum Beschluss im Plenum eine Lösung gefunden wird, die die Potenziale der Bioenergie im Sinne der Energieversorgungssicherheit, der regionalen Wertschöpfung und der regionalen Arbeitsplätze nützt und Bereiche, in denen heimische Firmen Weltmarktführer sind, forciert und nicht gekürzt werden", so Titschenbacher.

Holzwerkwerke als regionaler Wirtschaftsmotor

Die österreichischen Hersteller von Bioenergie-Systemen zählen zu den weltweiten Technologieführern und schaffen damit heimische Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Der Ausbau von Holzwerkwerken spielt bei der Ankurbelung der Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Ein starker Heimmarkt ist zudem die Basis für weitere Exporterfolge. Dazu Titschenbacher: "Jeder Euro, der in Holzstrom investiert wird, kommt doppelt zurück." Holzwerkwerke produzieren neben Strom auch Wärme und dekarbonisieren damit gleichzeitig den Wärmemarkt. Auch für die von Schadereignissen gepeinigten Forstwirtschaft sind die Holzwerkwerke unverzichtbar, denn sie sind sichere Abnehmer von Schadholz. Die energetische Verwertung ist oftmals die einzige Möglichkeit, diese Sortimente zu nutzen.

Atomstrom ersetzen

Holzwerkwerke verfügten bis 2018 über eine Engpassleistung von rund 300 MWel, die bis 2030 auf etwa 450 MWel ausgebaut werden könnte. Durch den Ausbau würde sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Wertschöpfungskette von zirka 6.000 Vollzeitäquivalenten auf rund 10.000 erhöhen. Durch mangelnde gesetzliche Regelungen ist die Stromproduktion von 2 TWh in den vergangenen Jahren allerdings auf 1,6 TWh eingebrochen.

Holzwerkwerke erzeugen auch im Winter Strom und Wärme, wenn Wasserkraft und Photovoltaik witterungsbedingt weniger Energie bereitstellen können und große Mengen an Atomstrom importiert werden müssen. Sie verbessern damit nicht nur die Klimabilanz des Stroms, sondern indirekt auch jene von strombasierten Heizsystemen. Durch die bei der Stromproduktion anfallende Wärme reduzieren Holzwerkwerke zusätzlich den noch immer dominierenden fossilen Energieeinsatz in der Fernwärme.

Seitinger fordert Nachbesserungen

Auch der Vorsitzende der Landesagrarreferentenkonferenz, Landesrat **Hans Seitinger**, fordert Nachbesserungen: "Der vorliegende EAG-Entwurf enthält wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Energieversorgung und sollte die Potenziale aller erneuerbaren Energien nutzen. Bedauerlicherweise werden die Möglichkeiten der Biomasse im aktuellen Entwurf aber bei Weitem nicht ausgeschöpft. Derzeit wird nur ein Teil des jährlichen Holzzuwachses unserer Wälder genutzt und damit die große Chance vertan, Biomasse als nachhaltigen Energierohstoff zu nutzen. Ich hoffe, dass bis zum Beschluss diese umweltfreundliche und nachwachsende Ressource im EAG entsprechend verankert wird, denn Holz wächst vor der Haustüre und hat noch ein enormes Entwicklungspotenzial." Darüber hinaus sichere und schaffe die Biomasse auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den Regionen, so Seitinger. (Schluss)

Montecuccoli: Entwurf zum neuen EAG enttäuschend

Endgültiges Gesetz muss Vorteile der Bioenergie deutlich besser berücksichtigen

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - "Die gestern im Wirtschaftsausschuss behandelte Vorlage des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) ist eine große Enttäuschung. Der für Holzkraftwerke geplante Zubau wurde im Vergleich zur Ministerratsvorlage halbiert: In Zukunft soll nicht eine, sondern nur eine halbe TWh mehr Strom aus Biomasse erzeugt werden. Es gibt keine Investitionsförderungen für Energiegemeinschaften. Waldpflegeholz soll außerdem aus dem Gasregime verbannt werden", kritisiert der Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich, **Felix Montecuccoli**. Er sieht darin einen herben Rückschlag für lokale Kleinanbieter von ökologischem Strom, eine verpasste Chance, den Anteil an grünem Strom zu erhöhen und letztendlich auch eine klare Zielverfehlung des Regierungsprogrammes. * * * *

"Es ist unverständlich, warum die Regierung das Angebot vor allem kleiner lokaler Anbieter, die grünen, ökologischen Strom aus Waldpflegeholz produzieren, in Zukunft nicht mehr fördern möchte. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf ist eine verpasste Chance, Biomasse und besonders Holz als umweltfreundliche Energiequelle zu pushen und letztendlich auch eine klare Zielverfehlung des Regierungsprogrammes", unterstreicht Montecuccoli.

"Die Land&Forst Betriebe Österreich erwarten sich, dass das endgültige Gesetz die Vorteile der Bioenergie deutlich besser berücksichtigen wird, als dies im aktuellen Entwurf der Fall ist. Regionaler Strom schafft regionale Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze vor Ort und trägt entscheidend zur Dekarbonisierung unseres Energiebedarfs bei. Dies muss auch in Zukunft von der österreichischen Politik gefördert werden. Die derzeit diskutierten Ansätze verhindert auch den so wichtigen Ersatz von Atomstromimporten durch umweltfreundliche Energie aus Biomasse", so Montecuccoli. (Schluss)

Wirtschaftsausschuss gibt grünes Licht für Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz

Abänderungsantrag im Plenum soll notwendige Zweidrittelmehrheit sicherstellen

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Der Wirtschaftsausschuss des Nationalrats hat gestern Abend mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der NEOS den Weg für ein umfangreiches Gesetzespaket mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) als Kernstück geebnet. Die im Plenum notwendige Zweidrittelmehrheit soll durch einen Abänderungsantrag sichergestellt werden, den ÖVP und Grüne für kommende Woche in Aussicht stellten. Noch sind die laufenden Verhandlungen mit der SPÖ allerdings nicht abgeschlossen, außerdem orten Vertreter der erneuerbaren Energie noch Verbesserungsbedarf. So werde etwa das enorme Potenzial der Biomasse im Kampf gegen den Klimawandel zu wenig genutzt, wird betont. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern müsse rascher und konsequenter erfolgen. * * * *

Zweck des EAG-Paketes ist es, den Ausbau erneuerbarer Energieträger weiter voranzutreiben, mit dem Ziel, den heimischen Stromverbrauch ab dem Jahr 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen abzudecken und Österreich bis 2040 klimaneutral zu machen. In diesem Sinne sprach Umweltministerin **Leonore Gewessler** im Ausschuss vom größten bisher geschnürten Energiepaket. Weitere Gesetzesvorhaben zum Erreichen der angestrebten Energiewende sollen folgen.

Erfreut äußerte sich Gewessler darüber, dass die EU nunmehr die beihilfenrechtliche Genehmigung für die neuen gesetzlichen Bestimmungen zur Netzreserve erteilt hat. Damit konnte verhindert werden, dass die bisherigen Förderungen rückabgewickelt werden müssen, sagte sie. Auch das vorliegende Förderpaket ist noch von der EU zu genehmigen.

Bis zu 1 Mrd. Euro Förderungen pro Jahr

Konkret sieht das vorliegende Gesetzespaket, das neben dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz auch begleitende Änderungen in zahlreichen weiteren Gesetzen wie dem EIWOG umfasst, vor, in den kommenden Jahren bis zu 1 Mrd. Euro pro Jahr an Förderungen bereitzustellen. Damit soll die Nutzung von Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik, Biomasse und Biogas zur Energiegewinnung forciert werden, wobei neben einem an den verschiedenen Energieträgern ausgerichteten Marktprämienmodell auch Investitionszuschüsse, etwa für die Umrüstung von Anlagen oder die Erweiterung von Stromspeichern, in Aussicht genommen sind. Zudem ist geplant, auch erneuerbares Gas und Wasserstoff in das Förderregime aufzunehmen und innovative Ansätze durch regulatorische Freiräume zu fördern. Bestimmte Projekte wie Wasserkraftwerke an wertvollen Gewässerstrecken mit sehr gutem ökologischem Zustand sind allerdings von Förderungen ausgeschlossen.

Gesetzliche Grundlagen für Gründung von Energiegemeinschaften

Geschaffen werden mit der Sammelnovelle darüber hinaus gesetzliche Grundlagen für private - nicht vorrangig gewinnorientierte - Energiegemeinschaften. Damit will die Regierung Privathaushalte und kleine Betriebe motivieren, selbst Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen und zu begünstigten Konditionen mit anderen Teilnehmern der Gemeinschaft zu teilen. Ebenso gehören die Erstellung eines integrierten österreichischen Netzinfrastrukturplans, die Überarbeitung der Herkunftskennzeichnung für Strom und Gas, die Einrichtung einer EAG-Förderabwicklungsstelle, ein vereinfachter Netzzugang für Ökostromanlagen sowie die Vorschreibung eines "Dekarbonisierungspfads" zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie beziehungsweise von Abwärme im Bereich der Fernwärme- und Fernkälteversorgung zum umfangreichen Paket. Änderungen gibt es auch beim weiterhin von der E-Control zu führenden Ladestellenverzeichnis für E-Fahrzeuge.

Gewessler: EAG-Paket wird großer Innovations- und Jobmotor sein

Gewessler betonte, dass es Ziel der Regierung sei, das Energiesystem auf neue Beine zu stellen. Das EAG-Paket sei die Grundlage für die angestrebte Energiewende. Damit würde die heimische Energieerzeugung gestärkt, was auch eine große Chance für kleine und mittlere Unternehmen sei. Das EAG-Paket werde nicht nur ein großer Innovationsmotor, sondern auch ein großer Jobmotor sein, so die Ministerin. Besonders hob sie zudem das neue Instrument der Energiegesellschaften hervor. Klar ist für Gewessler auch, dass die eigentliche Arbeit mit dem Gesetzesbeschluss erst losgeht, wobei bei der Umsetzung auch die Bundesländer eine zentrale Rolle spielen werden.
(Schluss)

Politik zu Besuch bei RWA: Positive Effekte durch COVID-Investitionsprämie

Landwirte reagieren auf aktuelle Herausforderungen

Korneuburg, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Die COVID-19-Investitionsprämie bot den Landwirten eine interessante Option, auf aktuelle Herausforderungen, wie etwa Klimawandel, Green Deal, Aufrechterhaltung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln in Österreich, zu reagieren. Ein Zuschuss von 7% in den Bereichen Ökologisierung, Digitalisierung und Gesundheit sowie 14% für Investitionen in die Modernisierung und Sanierung wurde gewährt. Bei einem Betriebsbesuch im neuen Headquarter der RWA Raiffeisen Ware Austria in Korneuburg machten sich Bundesministerin Margarete Schramböck und Landesrat Jochen Danninger ein Bild von den positiven Effekten in der Landwirtschaft sowie in vor- und nachgelagerten Bereichen. * * * *

"Die COVID-19-Investitionsprämie ist eine Lösung für eine Vielzahl an Herausforderungen. Landwirtschaftliche Betriebe konnten so schon länger geplante Investitionen tätigen oder vorziehen, das hatte wiederum positive Effekte in den vor- und nachgelagerten Bereichen und kommt in Form von Arbeitsplätzen sowie Wertschöpfung den Regionen zugute. Die Investitionsprämie ist damit nicht nur eine konjunkturelle Unterstützung, sondern auch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Gleichzeitig fördert die Bundesregierung damit die Modernisierung, Digitalisierung und den Umwelt-, Klima- und Bodenschutz in der Landwirtschaft", betonte dazu RWA-Generaldirektor **Reinhard Wolf**. Die Landwirte seien in den nächsten Jahren gefordert, die Anforderungen durch die Gemeinsame Agrarpolitik und den Green Deal umzusetzen. Viele hätten dabei die Investitionsprämie genutzt und sich für diese Aufgaben bestmöglich gewappnet. (Schluss)

Peter Raggl ist ab 1. Juli 2021 neuer Bundesratspräsident

Fokus liegt auf einem wirtschaftlich starken, lebendigen ländlichen Raum

Wien, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Mit 1. Juli 2021 übernimmt das Land Tirol für das zweite Halbjahr 2021 den Vorsitz im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz. Neuer Präsident des Bundesrates wird **Peter Raggl**, Direktor des Tiroler Bauernbundes und ÖVP-Bundesrat. Unter dem Motto "Starke Regionen, starke Republik!" möchte er ein ganz besonderes Augenmerk auf die Chancengerechtigkeit des ländlichen Raumes legen. "Der ländliche Raum ist die Heimat von zwei Dritteln der österreichischen Bevölkerung. Es wohnen also über 5 Mio. Menschen in ländlichen Gemeinden. Gerade deswegen möchte ich die Tiroler Vorsitzführung nutzen, um Themen ins Zentrum zu rücken, die den Menschen am Land am Herzen liegen - von der Breitbandversorgung über Mobilität und Digitalisierung bis hin zur Nahversorgung und medizinischen Versorgung", so Raggl. "Wir brauchen in Österreich einen wirtschaftlich starken, lebendigen ländlichen Raum. Die Weichen für die Zukunft müssen wir jetzt stellen, damit das Leben am Land weiterhin attraktiv und lebenswert bleibt und Abwanderung für die Generation nach uns nicht zum Thema wird", erklärt der Politiker. * * * *

Raggl, Jahrgang 1968, ist seit 2006 Direktor des Tiroler Bauernbundes und seit März 2018 als Bundesrat aktiv. 1998 wurde er Mitglied des Gemeinderates und Gemeindevorstand seiner Heimatgemeinde Schönwies. Raggl hat an der Universität Innsbruck Rechtswissenschaften studiert und 1995 sein Doktoratsstudium abgeschlossen. (Schluss)

NÖ: Mikl-Leitner verleiht hohes Ehrenzeichen an Sixtus Lanner

Er war Vorreiter mit zahlreichen Initiativen für den ländlichen Raum

St. Pölten, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner** hat gestern Sixtus Lanner mit dem "Goldenen Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich" ausgezeichnet. Die Feierlichkeit fand im Milleniumssaal des NÖ Landhauses statt. "Lanner ist seit vielen Jahren ein verlässlicher Freund und Wegbegleiter von Niederösterreich. Seine berufliche Laufbahn liest sich wie aus dem Bilderbuch und ist im wahrsten Sinn des Wortes hart erarbeitet", sagte die Landeshauptfrau. Lanner sei in vielen Bereichen Vorreiter gewesen, etwa im Bereich der Dorferneuerung, mit dem ersten Bürgermeistertag, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, aber auch mit seinen Initiativen zu den Themen Digitalisierung im ländlichen Raum und Dezentralisierung. Er sei auch der Entdecker und Förderer von Erwin Pröll gewesen. "Wer dich kennt, weiß, wofür dein Herz schlägt, nämlich für deine Heimat und deine Politik. Und was dich auszeichnet, ist dein unglaublicher Weitblick", sagte Mikl-Leitner zu Lanner. * * * *

Lanner wurde 1934 in der Tiroler Wildschönau geboren, absolvierte 1960 das Landwirtschaftsstudium an der damaligen Hochschule für Bodenkultur in Wien und promovierte 1964. Seine berufliche Laufbahn begann er in der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern. Im Jahr 1969 wurde Lanner zum Direktor des Österreichischen Bauernbundes berufen. Von 1976 bis 1982 war er Generalsekretär der ÖVP und gehörte dem Nationalrat von 1971 bis 1996 an. Sein berufliches und politisches Wirken ist untrennbar mit seinem Engagement für die Entwicklung des ländlichen Raumes verbunden. Er gründete 1972 die Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum, die bis 2018 mit zahlreichen Publikationen und Bürgermeistertagen wichtige Impulse für die Regionen vermittelte. (Schluss)

Hohe Auszeichnung für BayWa-Aufsichtsratsvorsitzenden Manfred Nüssel

Schramböck verlieh Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik

Korneuburg, 30. Juni 2021 (aiz.info). - Dem Aufsichtsratsvorsitzenden der BayWa AG und ehemaligen Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, **Manfred Nüssel**, wurde jetzt eine hohe Auszeichnung zuteil. Er bekam von Wirtschaftsministerin **Margarete Schramböck** das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Aus diesem Anlass kamen hochrangige Vertreter der BayWa, der RWA, des Österreichischen Raiffeisenverbandes sowie der Politik an den RWA-Campus Korneuburg, wo die Ehrung vorgenommen wurde. * * * *

"Ich freue mich, eine wichtige Persönlichkeit ehren zu dürfen, die im Digitalisierungsprozess der Landwirtschaft erfolgreich mitwirkte, unter der ein wichtiger internationaler Konzern entstanden ist und die dabei stets eine besondere Beziehung zu Österreich pflegte. In seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der BayWa AG sowie als Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes forcierte Nüssel eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit des deutschen und österreichischen Genossenschaftssektors im Warenbereich und trug damit wesentlich zu deren Erfolg bei", begründete Schramböck die hohe Auszeichnung.

Die Verleihung fand Corona-bedingt im kleinen, exklusiven Rahmen am RWA-Campus Korneuburg statt. Auf Einladung von RWA-Aufsichtsratsvorsitzenden **Johann Lang** und RWA-Generaldirektor **Reinhard Wolf** waren neben Nüssel seitens der BayWa Vorstandsvorsitzender **Klaus Josef Lutz** und Vorstandsmitglied Andreas Helber angereist. Lutz zeigte sich sehr erfreut über die Auszeichnung, die indirekt auch eine hohe Ehrung für die gesamte BayWa AG darstelle. Ebenso war Generalanwalt **Walter Rothensteiner** gekommen, er gratulierte Nüssel im Namen des gesamten Österreichischen Raiffeisenverbandes.

Aufbau enger österreichisch-deutscher Verbindungen

Nüssel ist seit mehr als 20 Jahren Aufsichtsratsvorsitzender der BayWa AG sowie Mitglied des Aufsichtsrats der RWA AG. Zwischen 1999 und 2017 fungierte er zudem als Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes. Unter ihm entwickelte sich die BayWa AG als zunächst regional ausgerichtetes Agrarhandelsunternehmen mit Sitz in Süddeutschland zu einem globalen Akteur in den Segmenten Agrar, Bau und Energie. Dabei wurden insbesondere auch enge Verbindungen in Richtung Österreich etabliert: Das Unternehmen übernahm zunächst Mitte der 1990er-Jahre 51% der Anteile an der "Unser Lagerhaus" Warenhandelsgesellschaft m.b.H. in Tirol und Kärnten. Nach demselben Modell wurde eine enge Kooperation im Westen Österreichs etabliert und die BayWa Vorarlberg gegründet. Im Jahr 1999 ging die BayWa schließlich eine strategische Allianz mit der RWA Raiffeisen Ware Austria AG ein, in deren Rahmen beide Unternehmen bis heute von wichtigen Synergien im Warenssektor profitieren. In dieser Konstellation war Nüssel maßgeblich daran beteiligt, dass sich der österreichische Warenssektor erfolgreich weiterentwickelte und in Folge bis heute eine wichtige wirtschaftliche Säule im ländlichen Raum sowie in der gesamten österreichischen Wirtschaft darstellt.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit auf allen Ebenen

"Seit Beginn unserer Zusammenarbeit hat Nüssel die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich intensiv gepflegt. Die Interessen und Anliegen des österreichischen Warenssektors lagen ihm stets am Herzen. Mit seiner ausgewogenen Art und seinem großen Netzwerk vermittelte er zwischen den vielfältigen Interessen und leistete einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen und eigenständigen Entwicklung des österreichischen genossenschaftlichen Warenssektors", hielt Wolf in seiner Rede fest. Dem schloss sich auch Lang an und unterstrich die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die aktive Vermittlerrolle sowie die herausragende fachliche Expertise von Nüssel.

"Ich empfinde diese Auszeichnung der Republik Österreich als große Ehre und weiß, dass diese nicht selbstverständlich ist. Die großartige Entwicklung der BayWa und der RWA hängt mit den hier agierenden Menschen zusammen. Gemeinsam sind wir im Zusammenschluss stärker geworden und haben gute Lösungen für die Landwirtschaft erwirkt. Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass diese enge Verbindung sich noch lange fortsetzt und weiterwächst", erklärte Nüssel. (Schluss)

Ukraine: Produktion von Sonnenblumenöl liegt 2021 deutlich unter dem Vorjahr

Erzeugung um ein Viertel gesunken

Kiew, 30. Juni 2021 (aiz.info). - In der Ukraine sind in den ersten fünf Monaten dieses Kalenderjahres etwa 2,06 Mio. t unraffiniertes Sonnenblumenöl erzeugt worden und damit um 24,9% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, berichtet das Kiewer Agrarinformationsportal latifundist.com unter Berufung auf die amtliche Statistik. Im Mai fiel der Rückstand noch deutlicher aus, da die Ölmöhlen mit rund 294.190 t um 43,4% weniger Sonnenblumenöl produzierten gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr. Zugleich hatte die Branche zum Ende Mai insgesamt gut 137.000 t davon auf Lager; im Vergleich zum Vormonat waren damit die Vorräte um 5% höher. Wie berichtet, schätzt der nationale Staatsdienst für Statistik die Sonnenblumenernte 2020 auf rund 13,14 Mio. t. Gemessen an der Saison davor entspricht das einem Produktionsrückgang um 13,9%. (Schluss) pom

LFS Warth: Weiße Fahne bei Prüfung zum Forstwirtschaftsmeister

Neuer Kurs startet im September

Warth, 30. Juni 2021 (aiz.info). - An der Landwirtschaftlichen Fachschule (LFS) Warth konnte dieser Tage die weiße Fahne gehisst werden. Alle 22 Teilnehmer des Meisterkurses für Forstwirtschaft (www.forstausbildung-noe.at) haben ihre Abschlussprüfung bestanden. "Das gute Prüfungsergebnis unterstreicht die optimale Vorbereitung und die hohe Motivation der Kursteilnehmer, die sich innerhalb der drei Ausbildungsjahre ein fundiertes Wissen in den Bereichen Mitarbeiterführung, Betriebs- und Unternehmensführung sowie in den Fachgebieten der Forstwirtschaft aneigneten", betont Kursleiter **Hermann Mayer**. An der LFS Warth finden seit 30 Jahren Forstwirtschaftsmeisterkurse statt. * * * *

"Die Meister zählen mit ihrer umfassenden Ausbildung und der fachlichen Kompetenz zur Elite der österreichischen Forstwirtschaft. Mit ihrem fundierten Know-how und innovativen Betriebskonzepten sind sie Garanten für eine zukunftsorientierte Waldbewirtschaftung", erklärt LK-Forstdirektor **Werner Löffler**. "Auf den neuen Forstwirtschaftsmeistern ruht auch eine große Verantwortung, denn durch die Klimaveränderung ist der Waldumbau hin zu artenreichen Mischwäldern rasch voranzutreiben. Mit klimafitten Wäldern können die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich bewältigt werden."

Im September startet in Warth ein neuer Forstwirtschafts-Meisterkurs. Interessierte können sich direkt bei der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich unter der Tel.-Nr. 050 259-24105 sowie per E-Mail an forst@lk-noe.at anmelden. Informationen erteilt auch Kursleiter Hermann Mayer (Tel.-Nr.: 02629/2222-0, E-Mail: hermann.mayer@lfs-warth.ac.at). (Schluss)